



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: **20-3722**

Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	01.06.2017

Während des G20-Gipfels auch für die obdachlosen Menschen sorgen Alternativantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNE zur Drucksache 20-3649

Der G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg bringt insbesondere im innerstädtischen Bereich bei den Messehallen und im Bereich der Elbphilharmonie Einschränkungen. Sowohl für die dort lebenden Anwohnerinnen und Anwohner, als auch für alle in der Freien und Hansestadt Hamburg lebenden Menschen. Für die Behörde für Inneres und Sport sowie die Polizei steht der Umgang mit diesen Beeinträchtigungen unter der Überschrift: so wenig, wie möglich, so viel, wie nötig.

In den Pressemeldungen der vergangenen Tage war der Verbleib obdachloser Menschen in diesem Stadtbereich Thema. Dabei wurde der Rat des Bezirksamtsleiters Hamburg-Mitte, „die Menschen mögen die Stadt verlassen“ wenige Tage später durch die Aussage des Innensenators der Freien und Hansestadt Hamburg, „Niemand muss die Stadt verlassen – jeder soll sein gewohntes Leben weiterleben – das gilt auch für Obdachlose“ (Original-Ton NDR 90,3 am 11. Mai 2017) entkräftet. Einzige Ausnahme sei, wenn Menschen ohne festen Wohnsitz direkt vor dem Hotel einer Gipfel-Delegation nächtigen, so der Innensenator weiter.

Das Hamburger Straßenmagazin Hinz&Kunzt sowie Sozialverbände haben die Zusage der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, dass in Absprache mit der Behörde für Inneres und Sport für die Obdachlosen Ausweich-Übernachtungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Altona:

Die Bezirksversammlung fordert nach § 27 BezVG die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und die Behörde für Inneres und Sport auf, unverzüglich Ausweich-Übernachtungsplätze für Menschen ohne festen Wohnsitz zu schaffen, so dass diese rechtzeitig vor Beginn des G20-Gipfels in Hamburg zur Verfügung gestellt werden können.

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

Anlage/n:
ohne